

Vorlage für die Sitzung des Bildungsausschusses  
am 25. August 2021

## **Antrag**

**der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der SPD sowie der Abgeordneten des SSW**

### **Erasmus+ - Europa durch Austausch stärken**

Der Landtag wolle beschließen:

Das Erasmus-Programm der Europäischen Union ist seit vielen Jahren ein großer Erfolg, um gerade junge Menschen in Europa näher zusammenzubringen und den europäischen Gedanken zu verankern. Es ist eine gute Nachricht, dass das Budget für Erasmus+ für die kommende Haushaltsperiode deutlich ausgeweitet wurde. Das künftige Budget für Erasmus+ umfasst 24,57 Milliarden Euro sowie Zusatzmittel in Höhe von 1,7 Milliarden Euro. Dies entspricht einem deutlichen Aufwuchs gegenüber der vergangenen Programmperiode um ca. 11,5 Milliarden Euro.

Als eines von lediglich zwei Kultusministerien in Deutschland ist das schleswig-holsteinische Bildungsministerium als Konsortial-Einrichtung für Erasmus+ im allgemeinbildenden Schulbereich akkreditiert worden. Damit wird eine wichtige Forderung der Internationalisierungsstrategie erfüllt, die Schulen in ihren internationalen Aktivitäten besser beraten und entlasten zu können. Die Akkreditierung des MBWK schafft eine institutionelle Grundlage für die optimale Nutzung der EU-Fördermittel und ist der Grundstein für die erfolgreiche Umsetzung des neuen Erasmus+-Programms für Schleswig-Holstein.

Darüber hinaus soll die Umsetzung des Programms weiterentwickelt werden. Daher fordert der Landtag die Landesregierung auf, sich für folgende Punkte einzusetzen:

- Der Europäische Rat und das Europaparlament sind sich einig, dass das künftige Programm inklusiver werden muss. Hierfür sind erhöhte Fördermittel sowie Inklusionspläne vorgesehen, die von den Nationalen Agenturen zu entwickeln sind. Schleswig-Holstein sollte sich in diesen Prozess aktiv einbringen.
- Während der Corona-Pandemie sind im Erasmus+-Programm flexible Mobilitätsmaßnahmen teilweise auch mit improvisierten Teilnahmemöglichkeiten erprobt worden. Diese neuen Wege des Austausches sollen bewertet werden und

diese Erfahrung in das zukünftige Programm einfließen, wenn diese als zweckmäßig erachtet werden.

- Zukünftig soll eine tatsächlich physische Aufenthaltsphase im Gastland die präferierte Erasmus+ Mobilitätsform bleiben. Die Schulen und Hochschulen sollen dabei unterstützt werden, nach Corona ihr Angebot wieder auszuweiten und neue Partnerschaften zu knüpfen.
- In Hinblick auf das vom Deutschen Bundestag formulierte Ziel, im Jahr 2020 eine Mobilität von 10 Prozent der Auszubildenden zu erreichen, sollen Maßnahmen ergriffen werden, die dieses Ziel auch für Schleswig-Holstein unterstützen.
- In den allgemein und berufsbildenden Schulen soll eine Internationalisierungsstrategie auf den Weg gebracht werden. Dabei soll die Datenlage zu den internationalen Aktivitäten der Schulen verbessert werden, bewährte (Austausch-)Programme gefördert und regionale Partnerschaften gestärkt werden, um Schulen in ihren internationalen Aktivitäten stärker beraten und entlasten zu können und somit zu einer systematischen und nachhaltigen Ausweitung und Steigerung dieser beizutragen. Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Schulleitungen sollen internationale Kontaktsituationen in Schleswig-Holstein oder im Ausland ermöglicht werden, um als „global citizens“ auf das Leben und Arbeiten in einer globalisierten Welt vorbereitet zu sein.
- Gerade Lehrkräfte sollen stärker für Auslandsaufenthalte motiviert werden. Die Bemühungen des DAAD gerade in der Ausbildung von Lehrkräften, die nicht eine Fremdsprache als Fach studieren, Auslandsaufenthalte zu verstärken, sollen unterstützt werden. Darüber hinaus soll geprüft werden, ob die internationalen Kontaktsituationen auch pädagogischen Fachkräften und Lehrkräften in Ausbildung ermöglicht werden können.
- Das Programm eTwinning soll in Schleswig-Holstein weiter ausgebaut werden.
- Vor allem Partnerschaften mit Dänemark und im Ostseeraum sollten weiter ausgebaut und unterstützt werden.

Tobias von der Heide  
und Fraktion

Ines Strehlau  
und Fraktion

Anita Klahn  
und Fraktion

Martin Habersaat  
und Fraktion

Jette Waldinger-Thiering  
und die Abgeordneten des SSW